

POLITALK

Klimaschutz wird oft unterschätzt



Corinne Hertli-Wanner,
Stadtparlamentarierin,
Grüne Winterthur

Der Klimawandel trifft den Kanton Zürich stärker als viele denken. 2024 war 2,9 Grad wärmer als 1800 – in den Städten Zürich sowie Winterthur fällt der Temperaturanstieg noch stärker aus. Hitzeperioden, Tropennächte, Dürren und längere Regenzeiten beeinflussen Gesundheit, Lebensqualität, Ernten und Wirtschaft. Am 28. September entscheiden wir, ob das Ziel Netto-Null 2040 für den Kanton Zürich gelten soll. Winterthur, Zürich und 26 weitere Gemeinden haben bereits Ja gesagt. Der Kanton Zürich möchte gesetzlich verankern, dass die Treibhausgasneutralität im Kanton Zürich bis 2040, spätestens aber bis 2050, erreicht werden soll. Ein Schweizer Kompromiss ohne Verbote. Im Wesentlichen geht es darum, dass Gemeinden und Kanton ihr Beschaffungswesen an Klimaziele koppeln sowie Gebäude und Fahrzeuge klimafreundlich gestalten. Ziel ist ein Beitrag zur Lösung eines globalen Problems – der Kanton Zürich kann und muss vorangehen. Weil ein Kantonsratsreferendum ergriffen wurde, stimmen wir nun über das Klimaziel ab. Das zeigt: Klimaschutz wird in der Politik oft noch unterschätzt. Eine gesetzliche Verankerung des Ziels schafft Verlässlichkeit. Laut Studien ist Klimaschutz rund sechsmal günstiger als Untätigkeit; ohne Handeln drohen hohe wirtschaftliche Schäden. Seit 2021 hat der Kanton Zürich fünfmal Ja zu mehr Klimaschutz gesagt. Sagen auch Sie am 28. September Ja – zu einem klimaneutralen Kanton Zürich.

Ihre Meinung zum Thema?
Schreiben Sie uns an:
echo@winterthurer-zeitung.ch

Der Bahnmeisterweg wackelt

Der Winterthurer Künstler «Wonky» hat die Streetart-Ausschreibung von House of Winterthur gewonnen

Das Wandbild «Walk of Fame» von Balthasar Bosshard ist ein künstlerischer Spaziergang durch Winterthur. Er setzt sich gegen 20 Mitstreiter durch

Kunst Man muss kein Kunstexperte sein, um hinter den geschwungenen Linien mit den leuchtenden Farben die Handschrift des Winterthurer Künstlers Balthasar Bosshard, alias Wonky, zu erkennen. Wonky, der Name ist Programm. Seine Illustrationen wirken wacklig und leicht schief. So auch sein neuestes Werk an der elf Meter langen Wand am Bahnmeisterweg zwischen Bahnhof und Sulzerareal.

Leuchtende Farben

«Walk of Fame» heisst es und es vereint idyllische Winterthurer Orte. Bunte und schwungvoll ineinandergreifende Symbole stehen für den Vögelipark, den Delphinplatz oder das Bäuml. «Dass mein Bild einen Bezug zu Winti haben muss, das war die Vorgabe. Ich habe verschiedene Orte, an denen ich gerne bin, in das Bild integriert», sagt Wonky kurz vor Beenden seines Werks. Auch die Farben – Rot und Weiss dominieren – sind kein Zufall und spielen auf die Stadtfarben an. Rund eine Woche hat



Balthasar Bosshard alias Wonky vor seinem Werk «Walk of Fame» am Bahnmeisterweg.

Bild: House of Winterthur

es gedauert, bis der Illustrator das Wandbild fertig gemacht hat, den grössten Teil mit Spraydosen. Die letzte Stunde am Dienstagmittag gehörte dem Feinschliff. Er bessert aus, wo die Farbe über die Linien gelaufen ist und macht Schattierungen. Jährlich macht House of Winterthur eine Ausschreibung und sucht

Künstlerinnen und Künstler, welche die Wand am Bahnmeisterweg zwischen Bahnhof und Sulzerareal mit ihrer Kunst verschönern. In diesem Jahr haben sich laut House of Winterthur rund zwanzig Künstler beworben.

Eine Stunde vor dem fertigen Bild zieht der Künstler ein positives Fa-

zit zu seinem neuesten Werk: «Ich habe Freude, die Farben leuchten schön.» Als Illustrator, Künstler und Druckgrafiker ist Balthasar Bosshard in Winterthur tätig und international bekannt für seine handgefertigten Siebdruckplakate. Seine Arbeiten wurden bereits an zahlreichen Ausstellungen gezeigt. *spo*

Stadtrat und Parlamentarier uneins über Bezirksratsbeschluss

Muss der Stadtrat die Budgetkürzung von sieben Millionen Franken vornehmen oder nicht?

Sowohl Stadtrat als auch das Stadtparlament nehmen den Bezirksratsbeschluss positiv auf. Die entscheidende Frage bleibt offen.

Finanzen Die Aufsichtsbeschwerde des Stadtrats bleibt ohne Folgen. Der Bezirksrat schreitet nicht ein, wie er in einer Medienmitteilung schreibt. Darum gehts: Als das Stadtparlament im Dezember 2024 dem Stadtrat den Auftrag gab, das Budgetentwurf um sieben Millionen Franken zu streichen, sah der Stadtrat einen Verstoß gegen die Gewaltenteilung. Das Parlament müsse konkret festlegen, wo gespart werden soll, und dürfe dies nicht der Verwaltung überlassen. Al-

so reichte der Stadtrat eine Beschwerde ein. Der Bezirksrat betont in seiner Mitteilung, dass ein Einschreiten der Aufsichtsbehörde nur dann angezeigt ist, wenn eine klare Rechtsverletzung vorliegt. Eine solche liege aber nicht klar vor.

Bürgerliche erwarten Umsetzung

Allerdings kommt der Bezirksrat zum Schluss, dass die fragliche Budgetkürzung durchaus problematisch sei. Denn diese sei nur in einem allgemeinen Konto erfolgt und mit eher allgemeinen Sparaufrägen über das ganze Budget hinweg verbunden worden. «Damit gibt das Stadtparlament dem Stadtrat unweigerlich die Kom-

petenz, selbst zu entscheiden, wo Einsparungen zu erfolgen haben, was zumindest tendenziell gegen den im Gemeindegesetz verankerten Grundsatz der Gewaltentrennung verstösst», heisst es in der Mitteilung. Weil der Budgetprozess aber viele Schätzungen über die Zukunft enthalte, besitze die Verwaltung eine gewisse Flexibilität.

Aber auch der Stadtrat nimmt den Bezirksratsbeschluss positiv auf und sieht sich bestätigt. «Für den Stadtrat ist damit klar, dass eine pauschale Budgetkürzung unzulässig ist und dadurch keine Wirkung entfaltet. Er könne die Kürzung nicht auf die anderen Produktgruppen verteilen, denn diese seien ebenfalls durch das Parlament be-

schlossen, wie Stadtrat Kaspar Bopp auf Nachfrage sagt. Zudem gebe es beim betroffene Konto Städtische Allgemeinkosten kaum Spielraum für Kürzungen. «Viele Werte sind so gegeben, wir haben keinen Einfluss darauf», so Bopp und nennt als Beispiel die Dividende der Zürcher Kantonalbank.

Die bürgerlichen Parteien, die sich im Dezember für die pauschale Budgetkürzung einsetzten, lesen den Bezirksratsbeschluss jedoch anders. «Wir erwarten, dass der Stadtrat die Kürzung umsetzt, wie jeden anderen Parlamentsbeschluss auch», sagt SVP-Stadtparlamentarier Christian Hartmann auf Nachfrage.

Sandro Portmann

Die vielleicht letzte Möglichkeit, ein Relikt abzuschaffen

Am 28. September stimmt die Schweiz indirekt über die Abschaffung des Eigenmietwerts ab

Prominente Nationalräte aus dem bürgerlichen Lager diskutierten in Winterthur über die mögliche Abschaffung des Eigenmietwerts.

Abstimmung Die Schweizer Hauseigentümer sind in nervöser Erregung. Kaum etwas bewegt sie seit Jahren so, wie die bevorstehende Abstimmung. In einem Monat, am 28. September, wird indirekt über die Abschaffung des Eigenmietwerts abgestimmt. Dabei handelt es sich um ein Relikt aus dem ersten Weltkrieg, das damals eingeführt wurde, um den erhöhten Geldbedarf während des Krieges zu decken. Die einmalige Kriegssteuer wurde aber nie mehr abgeschafft, zu süß waren die Zusatzeinnahmen. Denn nach dem Krieg kam die Weltwirtschaftskrise und damit stieg der Geldbedarf wieder. Der Eigenmietwert ist den Hauseigentümern seit Jahren ein Dorn im Auge. Sie empfinden ihn als ungerechte Steuer. Tatsächlich wird mit dem

Eigenmietwert ein fiktives Einkommen versteuert. SP und Grüne lehnen den Systemwechsel ab. Sie befürchten weniger Einnahmen von 1,8 Milliarden Franken und damit eine Steuererhöhung.

Der vierte Versuch

Wie stark die Abstimmung die Hauseigentümer bewegt, zeigte sich am Dienstagabend an einer Infoveranstaltung in Winterthur, zu welcher der Hauseigentümerverband Region Winterthur eingeladen hatte. Neben prominenten Referenten aus dem bürgerlichen Nationalrat – Thomas Aeschi (SVP), Nicole Barandun (Die Mitte) und Beat Walti (FDP) – besuchten rund 400 Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer den Anlass. Die Vorlage ist aber nicht nur bedeutend, sondern auch komplex. Im Abstimmungsbüchlein sucht man das Wort Eigenmietwert vergebens. Bei der Abstimmung geht es um einen Bundesbeschluss über die kantonalen Liegenschaftssteuern auf Zweit-

wohnungen. «Das ist eine unschöne Verknüpfung. Es gibt sicher auf beiden Seiten Leute, die falsch abstimmen werden», schätzt der Zuger SVP-Nationalrat Thomas Aeschi. Er appellierte an die Versammlung, bei der Abstimmung ihre Stimme zu nutzen. «Wir haben drei Mal versucht, den Eigenmietwert abzuschaffen – nun haben wir wahrscheinlich die letzte Möglichkeit dazu, denn die Zahl der Hauseigentümer ist abnehmend», sagt Aeschi.

Knappes Ergebnis erwartet

Ralph Bauert, Geschäftsführer des Hauseigentümerverbands Region Winterthur, kennt die Sorge um die Mindereinnahme und hat nachgerechnet. «Ich gehe davon aus, dass es keine Steuerausfälle für Bund und Kantone gibt.» Im Gegenteil: «Bei einer gesamtheitlichen Betrachtung und Berücksichtigung aller steuerlichen Mehr- und Mindereinnahmen, resultieren bei einem Hypothekenzinsniveau von 1,5 Prozent zu-

sätzliche Steuererträge von 550 Millionen Franken bei Abschaffung des Eigenmietwerts.»

Zwei Umfragen im Vorfeld zeigen, dass die Abschaffung des Eigenmietwerts in der Bevölkerung auf Zustimmung stösst. Je nach Studie liegt der Ja-Anteil bei 67 oder 65 Prozent. «Wir können aber nicht zu sicher sein. Ich befürchte, es wird knapper. Die Mobilisierung wird entscheidend», so Bauert.

Sandro Portmann



Rund 400 Hausbesitzer besuchten am Dienstagabend den Infoanlass des Hauseigentümerverbands Region Winterthur.

Bild: spo